

Ergebnisse der Umfrage zum Bürokratie-Abbau des Bundes der Steuerzahler NRW



Katrin Ernst/SoraAI

01. Juli 2025

Inhaltsübersicht

1. Auf einen Blick
2. Ziel und Methodik der Umfrage
3. Statistische Ergebnisse der Inhaltsanalyse
4. Top-Ärgernisse und politische Ebenen
5. Stimmen aus der Praxis
6. Interpretation und Bewertung
7. Fazit und BdSt-Forderungen

1. Auf einen Blick

Viele Menschen fühlen sich durch komplizierte Verfahren, Doppelregulierungen und fehlende Digitalisierung ausgebremst. Das zeigt die aktuelle Umfrage des BdSt NRW zum Thema "Bürokratie-Abbau". Der Verband hatte Mitglieder und Bürger in Nordrhein-Westfalen dazu aufgerufen, ihre konkreten Erfahrungen mit hinderlichen oder überbordenden Bürokratie-Vorgaben zu schildern.

Bürokratie ist nötig, um staatliches Handeln rechtsstaatlich, nachvollziehbar und gleichbehandelnd zu gestalten. Ohne Bürokratie wären Verwaltung, Rechtssicherheit und demokratische Kontrolle nicht möglich – entscheidend ist jedoch, dass sie verhältnismäßig, effizient und verständlich bleibt.

Die 177 Antworten, die zwischen März und Juni 2025 eingegangen sind, zeigen: Die Beschwerden richten sich vor allem gegen aufwändige Berichtspflichten, komplizierte Steuerverfahren und fehlende Digitalisierung. Am häufigsten wurden von den Befragten Probleme im Bereich Arbeit/Unternehmen, Formulare und Genehmigungen sowie im Steuerbereich genannt.

Bereits im [Schwarzbuch 2024/2025](#) hat der Bund der Steuerzahler das Thema „Bürokratie und ihr Abbau“ zum Schwerpunkt gemacht. Mit der aktuellen Umfrage will der BdSt NRW jetzt ein Stimmungsbild einfangen, um es für seine Sacharbeit nutzen. Die Rückmeldungen der Befragten liefern wichtige Hinweise für gezielte Entlastungen. Sie stützen zentrale Forderungen des BdSt NRW und fügen sich in die bundesweite Analyse des Deutschen Steuerzahlerinstituts ein: Das weist in seinem [Rundschreiben 04/2024](#) auf die gesamtwirtschaftlichen Schäden überbordender Bürokratie hin. Der BdSt NRW fordert deshalb die Reduktion von Berichtspflichten auf das Notwendigste, eine Vereinfachung steuerlicher Verfahren und einen zügigen Ausbau der digitalen Verwaltung.

2. Ziel und Methodik der Umfrage

Mit seiner Umfrage will der BdSt NRW konkrete **Rückmeldungen aus der Praxis** für seine Sacharbeit gewinnen. Denn wer mit unnötiger Bürokratie konfrontiert ist – sei es als Unternehmer, Bürger oder Verwaltungskraft – erkennt oft schneller, wo Vereinfachungen notwendig wären.

Die Umfrage lief **vom 19. März bis 16. Juni 2025**. Sie richtete sich an interessierte Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen, die aufgerufen wurden, per Mail mitzuteilen, wo sie Bürokratie konkret erleben. Der Fragefokus lautete: „**Wo belastet Sie in Ihrem Alltag oder Beruf Bürokratie – und was sollte sich ändern?**“ Beworben wurde die Umfrage über den BdSt-Newsletter, die [Verbandswebseite](#) sowie über Facebook und LinkedIn.

Die Auswertung beruht auf **177 auswertbaren Rückmeldungen**. Dabei wurden die Angaben systematisch inhaltlich kodiert: Alle Antworten wurden inhaltlich geclustert, in thematische Kategorien eingeordnet und anschließend quantitativ ausgewertet. Bei der Kodierung wurden Mehrfachnennungen zugelassen – eine Antwort konnte also mehreren Kategorien zugeordnet werden. Das Kategoriensystem wurde deduktiv-induktiv aus dem Material heraus entwickelt und umfasst zentrale Themenfelder.

Designmerkmale:

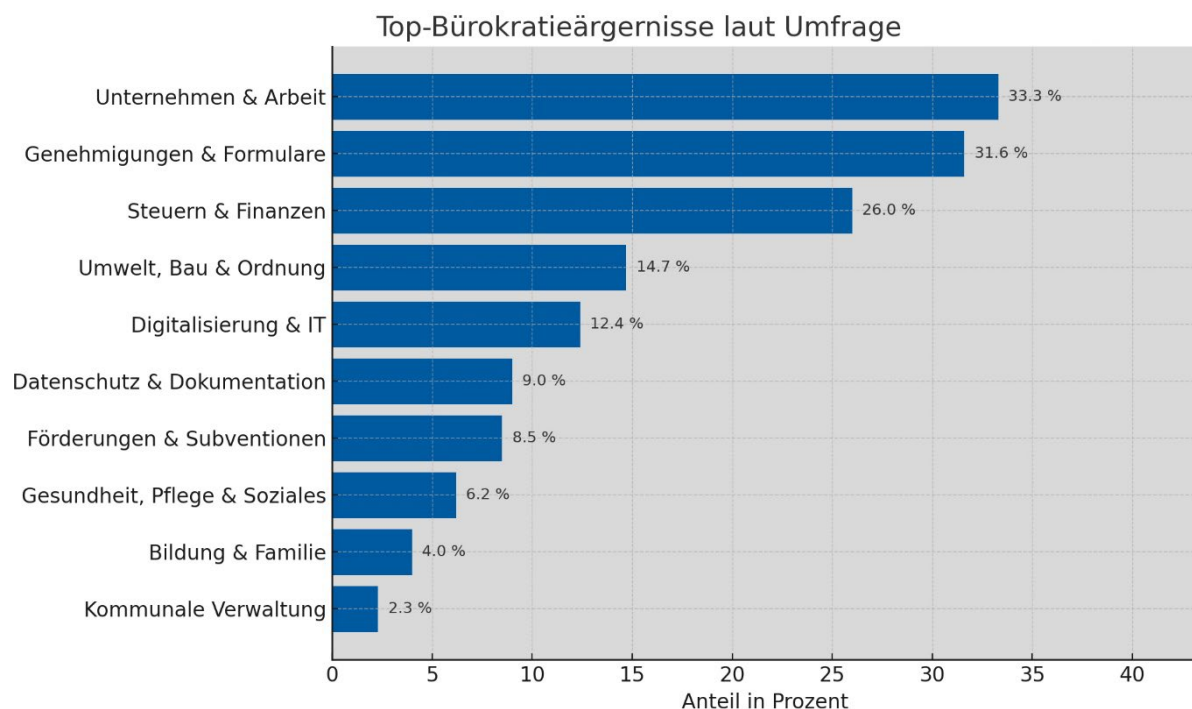
- **Erhebungsform:** Qualitative, offene Frage (schriftlich via E-Mail)
- **Zielgruppe:** Mitglieder, Unternehmer, Steuerzahler (Selbstselektionsstichprobe)
- **Rücklauf:** n = 177 gültige Bürokraziemeldungen
- **Auswertung:** Kategorisierende Inhaltsanalyse nach Mayring (deduktiv-induktiv)
- **Kategorienanzahl:** 10 erschöpfende Hauptkategorien (plus "Sonstiges")
- **Zuständigkeitsangabe:** freiwillig (Bund, Land, Kommune, EU)

Definition von „Bürokratie“:

Im Rahmen dieser Umfrage umfasst der Begriff Bürokratie alle als übermäßig empfundenen formalen Regelungen, Verwaltungsprozesse und Dokumentationspflichten, die den Alltag oder die berufliche Tätigkeit der Befragten verkomplizieren, verlangsamen oder behindern. Dazu zählen insbesondere komplizierte Verfahren, fehlende digitale Lösungen, wiederholte Nachweispflichten, unklare Zuständigkeiten sowie rechtliche Vorgaben mit hohem Erfüllungsaufwand – unabhängig davon, ob sie gesetzlich vorgeschrieben oder verwaltungsintern bedingt sind.

3. Statistische Ergebnisse der Inhaltsanalyse

Die Auswertung verdeutlicht: Besonders häufig wurden Probleme in den Bereichen Unternehmen und Arbeit (z. B. Personalabrechnung, Minijobs), Genehmigungen und Formularpflichten (Anträge, wiederholte Nachweise) sowie Steuern und Finanzen (komplizierte UStG-Regelungen, Steuerformulare) gemeldet. (Es waren Mehrfachkodierungen der Antworten möglich)



Die Ergebnisse im Detail:

- **Unternehmen und Arbeit** (59 Nennungen) betrifft vor allem bürokratische Belastungen in der Personalverwaltung, wie aufwändige Dokumentationspflichten, komplexe Arbeitszeitregelungen oder unübersichtliche Anforderungen bei Minijobs und Aushilfsbeschäftigungen.
- **Genehmigungen und Formulare** (56 Nennungen) umfasst klassisch analoge Hürden: lange Bearbeitungszeiten, doppelte Nachweispflichten und eine Fülle unkoordinierter Formulare, Anträge oder Genehmigungen.
- **Steuern und Finanzen** (46 Nennungen) bilden einen der größten Belastungsbereiche – genannt werden unklare Fristen, komplexe Umsatzsteuerregeln und unnötig komplizierte Nachweispflichten, insbesondere für kleine Unternehmen oder Selbstständige.

- **Umwelt, Bau und Ordnung** (26 Nennungen) betrifft etwa das Baurecht, Vorgaben im Bereich Energieeffizienz oder naturschutzbedingte Genehmigungspflichten – vielfach verbunden mit langen Verfahren und unklarer Zuständigkeit.
- **Digitalisierung und IT** (22 Nennungen) Die Befragten bemängeln unvollständige oder unpraktische digitale Verfahren, fehlende Rückkanäle, mangelnde Interoperabilität zwischen Behörden sowie Schein-Digitalisierung mit Medienbrüchen.
- Weitere Nennungen betreffen etwa unklare oder überzogene **Datenschutzpflichten**, schwer zugängliche **Fördermittelprozesse**, bürokratische Hindernisse im **Gesundheits- und Pflegebereich** oder komplexe Anforderungen im Bildungsumfeld sowie generell **Genehmigungen und Formularpflichten** (Anträge, wiederholte Nachweise).

4. Top-Ärgernisse und politische Ebenen

Die drei dominierenden Bereiche der Bürokratiekritik:

- **Unternehmen und Arbeit:** unklare Regelungen bei Minijobs, aufwändige Urlaubsberechnung bei Teilzeit, Dokumentationspflichten für Aushilfen, aufwendige Sozialvorgaben für Fahrer oder wissenschaftliche Hilfskräfte
- **Genehmigungen und Formulare:** lange Bearbeitungszeiten, Wiederholung identischer Nachweispflichten, analoge Verfahren ohne digitale Alternativen
- **Steuern und Finanzen:** komplexe Umsatzsteuerregeln, hohe Aufzeichnungs- und Meldepflichten, unlogische Pauschalgrenzen, fehleranfällige Prozesse

3 Hauptbereiche der Bürokratie-Ärgernisse



Unternehmen & Arbeit

unklare Regelungen bei Minijobs, aufwändige Urlaubsberechnung bei Teilzeit, Dokumentationspflichten für Aushilfen



Genehmigungen & Formulare

lange Bearbeitungszeiten, Wiederholung identischer Nachweispflichten analoge Verfahren ohne digitale Alternativen



Steuern & Finanzen

komplexe Umsatzsteuerregeln, hohe Aufzeichnungs- und Meldepflichten, unlogische Pauschalgrenzen, fehleranfällige Prozesse

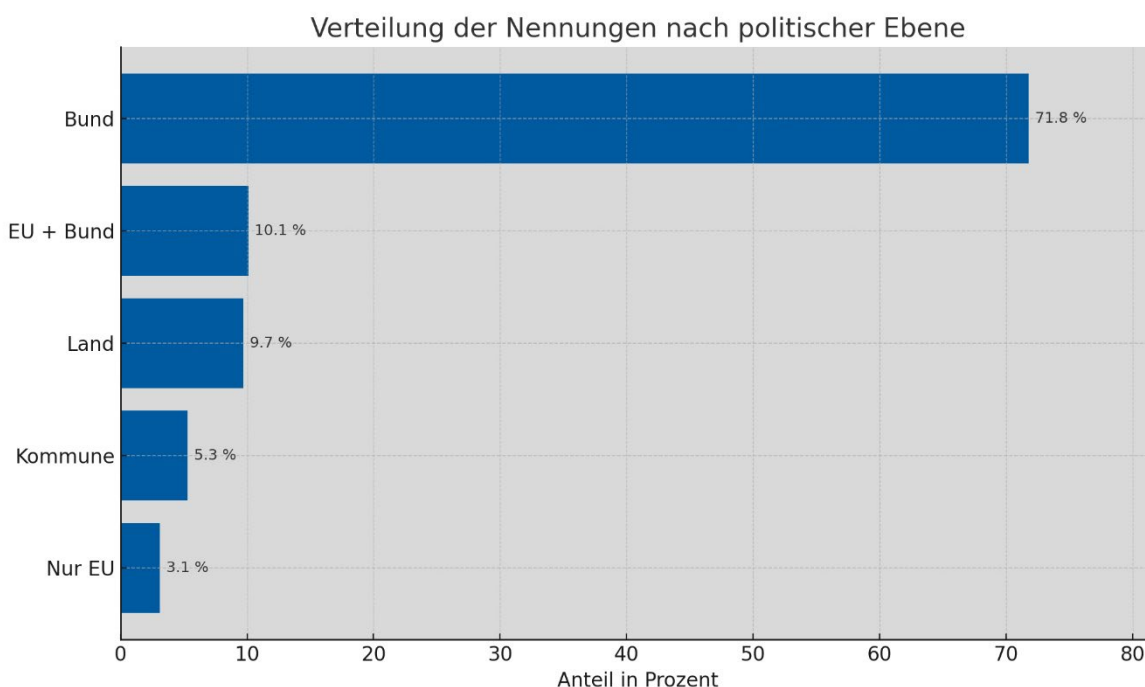
Digitalisierungsdefizite:

Auffällig ist: In allen drei Bereichen spielen **Digitalisierungsdefizite eine zentrale Rolle**. Die Rückmeldungen zeigen, dass mangelnde oder halbherzig umgesetzte digitale Prozesse häufig als Teilursache für unnötige Bürokratie wahrgenommen werden – sei es durch Medienbrüche, technische Instabilitäten, fehlende Schnittstellen oder nicht nachvollziehbare Portale. Die Digitalisierung wird nicht als Entlastung, sondern oft als zusätzliche Hürde erlebt, wenn sie nicht konsequent und nutzerfreundlich umgesetzt wird.

Rund 12 % aller Meldungen benennen explizit mangelnde Digitalisierung – etwa fehlende Online-Portale, fehlende Rückkanäle via E-Mail, Medienbrüche und manuelle Verfahren trotz digitaler Vorarbeit. Bemängelt werden auch fehlende Schnittstellen zwischen Ämtern sowie unpraktische, überladene Webformulare.

Politischen Ebenen:

Bund (163 Nennungen), Land (22 Nennungen), Kommune (12 Nennungen, EU (7 Nennungen): Auch wenn die Bundesebene qua Zuständigkeit am häufigsten genannt wurde, sind viele der genannten Ärgernisse **nicht klar einer einzigen Ebene zuzuordnen**. Vielmehr weisen sie oft **intergouvernementale Verflechtungen** auf. Besonders Genehmigungsfragen, Digitalisierungsdefizite und Förderthemen verteilen sich auf alle Ebenen – ein Indiz für Koordinationsprobleme und ineffiziente Schnittstellen.



Hinweis: Eine Rückmeldung konnte mehreren politischen Ebenen zugeordnet werden. Die Prozentwerte in dieser Tabelle beziehen sich daher auf die Gesamtzahl der Ebenen-Nennungen (n = 227), nicht auf die Zahl der Umfrageteilnehmer!

Thematische Auffälligkeiten je Ebene:

- **Bund:** Überproportional häufig bei Steuerbürokratie, Förderanträgen, Meldepflichten und Arbeitsrecht. Hier liegt der Großteil der normsetzenden Regelungen, insbesondere im Steuer- und Sozialversicherungsrecht.
- **Land:** Auffällig oft betroffen bei Denkmalschutz, Bildungsbürokratie und spezifischen Regelungen in Pflege oder Gesundheit. Die Länder sind meist für Detailvorgaben oder Umsetzungsaufgaben verantwortlich.
- **Kommune:** Hier häufen sich Nennungen zu ineffizienten Abläufen, unnötigen Antragswegen und Zuständigkeitswirrwar. Es geht um widersprüchliche Regelungen bei Bauanträgen, lange Bearbeitungszeiten und mangelnde Abstimmung zwischen Ämtern.
- **EU/EU+Bund:** Vor allem dort, wo Förderprogramme, Umweltregulierungen oder Import-/Exportvorgaben greifen. Häufig kritisiert und besonders ärgerlich für die Befragten: Kombinationen wie EU-Vorgabe plus nationale Verschärfung – ein typisches Beispiel für sogenanntes "Gold-Plating".
- **Über Ebenen hinweg:** Bürokratisch aufgeladene Förderprogramme, Genehmigungsverfahren und Digitalisierungsdefizite wurden vielfach nicht nur einer einzelnen, sondern mehreren Ebenen zugeordnet.

Zahlreiche Rückmeldungen thematisieren Zuständigkeitsüberlagerungen – zum Beispiel, wenn eine EU-Vorgabe durch Bundes- und Landesrecht weiter verschärft wird oder Daten mehrfach an mehrere Ebenen gemeldet werden müssen. Das spricht für ein **strukturelles Reformdefizit beim föderalen Bürokratieabbau**.

Ein häufig geäußerter Vorwurf ist das sogenannte **Gold-Plating**: die Übererfüllung europäischer Vorgaben auf nationaler Ebene. Auch dies deutet auf Reformpotenzial bei Zuständigkeiten, Schnittstellen und Gesetzgebungsdisziplin hin.

Hinweis zur Interpretation der Verantwortungsebenen:

Bei der Zuweisung der Bürokratieärgernisse zu politischen Ebenen ist zu berücksichtigen, dass sich in der Regel an der **formalrechtlichen Zuständigkeit** orientiert wurde. So werden etwa steuerliche Vorschriften typischerweise dem Bund, schulische Regulierungen hingegen dem Land zugeordnet. Diese Zuweisung sagt noch nichts darüber aus, ob das Problem im Regelwerk selbst liegt oder in dessen Umsetzung. Die Ergebnisse bilden somit Korrelationen ab, keine eindeutige Kausalität. Umso wichtiger ist eine bessere vertikale Abstimmung zwischen den Ebenen, um strukturelle Doppelregulierungen, Zuständigkeitslücken oder ineffiziente Vollzugspraktiken zu vermeiden.

5. Stimmen aus der Praxis

Diese beispielhaften Rückmeldungen veranschaulichen die Praxisnähe der Beschwerden:

„Die **Digitalisierung der Bürgerämter** schreitet zu langsam voran. Viele Leistungen sind noch nicht online möglich.“

„**§13b UstG** ist zu kompliziert. Teilweise können Detailfragen von Fachexperten nicht einheitlich beantwortet werden.“

„Um die **Förderung** zu erhalten, mussten wir acht Formulare ausfüllen, deren Inhalte sich zum Teil wiederholt haben.“

„**Krankmeldung von Mitarbeitern** seit der Einführung der eAUs sehr aufwendig, nichts ist automatisiert, alles muss von der Arbeitgeberseite angestoßen werden.“

„Als Steuerberaterin kommen mir etliche Fälle der **Verlustfeststellung nach § 10d EstG** unter, die kleinste Beträge zu Verlusten aus Aktiengeschäften feststellen, häufig unter 100 Euro – und das jedes Jahr bis zum vermutlichen Sankt-Nimmerleins-Tag.“

„Eine völlig überflüssige Regelung ist m. E. die **doppelte Ablesung von Zählerständen** der Energieversorgung.“

„**Denkmalschutz** wird in vielen Fällen ohne Rücksicht und Zielsetzung vorangetrieben: auch ohne jede Rücksicht auf die Nutzung eines Gebäudes z. B. Schulen, Ämter.“

„Wir haben in Deutschland 107 kreisfreie Städte und 294 Landkreise – das ergibt 401 unterschiedliche Genehmigungsbehörden und damit **401 verschiedene Taxitarife**.“

„**Lieferkettengesetz**: Von jedem Kunden bekommt man seitenweise andere Ausführungen und Fragebögen. Es kostet enorm viel Zeit - und wer kreuzt an, dass er Sklavenarbeit im Unternehmen durchführt oder Lieferanten hat, die Sklaven oder Kinder in Arbeit haben?“

„Die **Personalunterlagen müssen in Papierform** abgegeben werden. Eine elektronische Zustellung ist nicht möglich.“

„**Entgeltbescheinigungen** für die Bundesagentur für Arbeit: Jedes Entgelt der einzelnen Mitarbeiter wird an die Sozialversicherungsträger jeden Monat einzeln gemeldet: Wieso greifen die anderen Stellen nicht auf diese Daten zurück?“

„Teils sind **elektronische Formulare mangels Flexibilität** auf spezifische Anforderungen des Einzelfalls gar nicht nutzbar.“

„Die **Bearbeitung von Arbeitsverträgen** für wissenschaftliche Hilfskräfte in Unis dauert im Durchschnitt 5 Wochen.“

Reform-Vorschläge:

Neben Kritik wurden in der Umfrage auch zahlreiche konstruktive Lösungsvorschläge eingebracht. Auf Basis der genannten Ärgernisse und Lösungsvorschläge wurden sieben zentrale Reform-Cluster gebildet:



1. Digitalisierung und medienbruchfreie Prozesse

Forderung nach vollständig digitalen Verwaltungsv erfahren, benutzerfreundlichen Portalen und zentralen Bürgerkonten nach dem Once-Only-Prinzip (Bürger und Unternehmen übermitteln Daten nur einmal statt bei jeder Antragstellung erneut). Ziel ist ein Ende von Medienbrüchen und die konsequente Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG).



2. Vereinfachung und Reduzierung von Berichtspflichten

Abschaffung redundanter Nachweise, Zusammenlegung von Meldeverfahren, Einführung von Bagatellgrenzen für kleine Unternehmen.



3. Steuerrecht vereinfachen

Mehr Pauschalierungen und bundesweit einheitliche Fristen, Wunsch nach direkten Ansprechpartnern in Finanzämtern.



4. Arbeitsrecht und Sozialversicherung entbürokratisieren

Einfachere Arbeitszeiterfassung, weniger Dokumentationspflichten, digitale Schnittstellen zu Sozialversicherungsträgern.



5. Abbau von Doppelregulierung und Gold-Plating

EU-Vorgaben sollen nicht national verschärft werden. Bestehende Doppelregelungen zwischen Bund, Land und EU sollen bereinigt werden.



6. Verwaltungsmodernisierung und klare Zuständigkeiten

Bessere Koordination zwischen Behörden, eindeutige Ansprechpartner, digitale Kanäle



7. Bürokratiebremse gesetzlich verankern

Einführung einer One-in-Two-out-Regel als verbindliches Prinzip: Für jede neue bürokratische Vorgabe sollen zwei bestehende abgebaut werden.

Fazit:

Die Vorschläge spiegeln den Wunsch nach spürbarer Entlastung, mehr Effizienz und Nutzerfreundlichkeit wider – sowohl für Bürger als auch für Unternehmen. Sie decken sich inhaltlich weitgehend mit den [Empfehlungen des DSI](#) und der Position des BdSt NRW.

6. Interpretation und Bewertung

Die Ergebnisse der Umfrage zeichnen ein vielschichtiges Bild der Bürokratielast in NRW: Besonders betroffen sind Unternehmen, Selbstständige und Bürger im Kontakt mit Behörden. Die Rückmeldungen zeigen, dass übermäßige Bürokratie oft dort entsteht, wo Verfahren nicht aufeinander abgestimmt sind, analoge Restprozesse weiterbestehen oder digitale Angebote nur oberflächlich greifen.

Ein Problem liegt in der unklaren Verteilung von Zuständigkeiten: Viele Prozesse verlaufen über mehrere Ebenen hinweg – etwa Bund, Land und Kommune – was zu Redundanzen, Inkonsistenzen und ineffizienten Abläufen führt.

Die häufigsten Ärgernisse betreffen laut der Umfrage Personalprozesse, steuerliche Meldepflichten und langwierige Genehmigungsabläufe. Unternehmen berichten, dass sie zum Beispiel bewusst auf Förderungen oder rechtlich zustehende Leistungen verzichten, weil sie das Verfahren abschreckt:

„Die Anforderungen sind so hoch, dass wir keine weiteren Hilfen mehr beantragen.“

Einen rund 1.000 Euro teurer Ordner erstellt für 135 Euro Entschädigung bei einer Netztrasse.

Besonders auffällig sind:

- **Doppelregulierungen:** etwa bei Ablesungen oder Berichtspflichten (z. B. Stromanbieter + Netzbetreiber)
- **Ausufernde Dokumentationspflichten:** mit unverhältnismäßig hohem Erfüllungsaufwand zu erbringende Dokumentationen und Nachweise (z.B. bei Personaleinsatz oder Förderanträgen)
- **Fragmentierung:** fehlende Datenstandards, nicht abgestimmte Systeme (z. B. bei Jobcenter, Pflegekassen)
- **Analoge Reste:** digitale Formulare, die dennoch ausgedruckt werden müssen; keine Rückkanäle via E-Mail
- **Digitalisierungsdefizite:** Trotz OZG-Initiativen herrscht bei vielen Verfahren weiterhin Papierpflicht. Online-Angebote wirken oft halbherzig umgesetzt oder stehen nur einzelnen Nutzergruppen zur Verfügung. Statt Erleichterung entsteht neue Bürokratie durch Medienbrüche, technologische Rückständigkeit und fehlende Interoperabilität zwischen Ämtern.

Der BdSt NRW zieht aus diesem Stimmungsbild klare Schlüsse:

- Bürokratieabbau muss differenziert erfolgen – mit Blick auf die tatsächlichen Belastungsschwerpunkte.
- Gerade für kleine und mittlere Unternehmen ist Bürokratie nicht nur ärgerlich, sondern ein wachstumshemmender Kostenfaktor.
- Die Schnittstellenprobleme zwischen Verwaltungsebenen (z. B. bei Digitalverfahren) belegen einen hohen Koordinationsbedarf und fehlende Standardisierung.
- Die Vielzahl an Kritikpunkten zu Genehmigungsprozessen und Formularwesen unterstreicht den Reformbedarf bei Planungs- und Verwaltungsverfahren – zentral für Investitionen und Standortattraktivität.
- Der Digitalisierungsschub der letzten Jahre kommt in der Lebensrealität vieler Steuerzahler nicht an – es fehlen medienbruchfreie, verständliche und barrierearme Lösungen.

Diese Wahrnehmung wird durch das [DSi-Rundschreiben 4/2024](#) bestätigt: Deutschland leistet sich eine überbordende, teils dysfunktionale Bürokratie. Die dortigen Empfehlungen – von der Ausweitung der One-in-Two-out-Regel über die Digitalisierung bis zur Entflechtung von Zuständigkeiten – decken sich mit den praktischen Rückmeldungen aus der BdSt-Umfrage.

7. Fazit und BdSt-Forderungen

Die Umfrage zeigt, dass der Bürokratiefrust konkret und differenziert ist. Es geht nicht um "alles abschaffen", sondern um klare Regeln, die praktikabel sind.

Der BdSt NRW fordert deshalb:

- eine **gesetzliche Bürokratiebremse** (One in, Two out)
- die **konsequente Digitalisierung** der Verwaltung (inkl. Backoffice)
- die **Vereinfachung von Steuerrecht und Antragslogiken**
- die **Reduzierung von Überregulierung** (Gold-Plating)
- und **echte Entlastungen** statt Bürokratieverlagerung auf andere Ebenen

Bürokratieabbau ist kein Nice-to-have. Er ist Voraussetzung für staatliche Effizienz, wirtschaftliche Dynamik und Vertrauen der Steuerzahler.



**Bund der Steuerzahler
Nordrhein-Westfalen e.V.**

Die Umfrage wurden durchgeführt und ausgewertet von
Philipp Sprengel und **Katrin Ernst**

Düsseldorf, 01.07.2025

© Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen e.V.

Schillerstraße 14

40237 Düsseldorf

Tel.: 0211 99175-0

Mail: presse@steuerzahler-nrw.de

www.steuerzahler-nrw.de